

Staatskanzlei

Kommunikation

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
kommunikation@sk.so.ch
so.ch

Medienmitteilung

Stromnetze: Regierungsrat warnt vor negativen Anreizen

Solothurn, 24. September 2024 – Der Bund will die Verzinsung für Investitionen in Stromnetze und erneuerbare Produktionsanlagen für ausserordentliche Zinslagen verbessern. Dazu soll eine neue Berechnungsmethode eingeführt werden. Der Regierungsrat warnt vor einer unnötigen Verschlechterung der Rahmenbedingungen und lehnt die Änderungen zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Hintergrund: Der Weighted Average Cost of Capital (WACC) bestimmt im Wesentlichen, wie hoch Investitionen bei Stromnetzen und erneuerbaren Produktionsanlagen maximal verzinst und an die Endverbraucherinnen und Endverbraucher verrechnet werden dürfen. Die Verzinsung soll einerseits einen marktgerechten Anreiz für die nötigen Investitionen in die Strominfrastruktur bieten, andererseits keine ungerechtfertigten Gewinne ermöglichen. Die bestehende Methodik zur Berechnung des WACC wurde vor rund zehn Jahren eingeführt und hat sich in der Praxis etabliert. Der Bund will nun eine neue Berechnungsmethode einführen, um die Verzinsung in ausserordentlichen Zinslagen finanzwissenschaftlich zu verbessern.

Der Regierungsrat unterstützt das Ziel der Vorlage, die Planungssicherheit für Investitionen in Schweizer Stromnetze und erneuerbare Produktionsanlagen zu verbessern. Der Investitionsbedarf für die Weiterentwicklung und den Umbau der sensiblen Strominfrastruktur ist hoch und die zumeist langfristigen Investitionen

sind besonders auf eine regulatorisch stabile und wettbewerbsfähige Kapitalrendite angewiesen.

Die Einführung einer grundlegend neuen Berechnungsmethode schafft jedoch Verunsicherung und wirkt in Bezug auf den zeitkritischen Ausbau der erneuerbaren Stromversorgung kontraproduktiv. Eine neue Berechnung mit unbekanntem und schwer abschätzbarem Elementen schafft zusätzliche Unsicherheiten und verschlechtert die Rahmenbedingungen für dringend benötigte Investitionen. Zudem bewirkt die Einführung im aktuellen Zinsumfeld bereits 2025 eine Verschlechterung der Verzinsung. Der Regierungsrat lehnt die Vorlage deshalb zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Weitere Auskünfte

Urban Biffiger, Leiter Energiefachstelle, 032 627 85 30